

Auswertung des Wahlprogramms der AfD zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 06.09.26

„Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt“

1. Bildungspolitische Vorhaben

• **Aussagen zu Schulen in freier Trägerschaft:**

- im Wahlprogramm **nicht** enthalten; Auf Anfrage der „Mitteldeutschen Zeitung“ zum Verhältnis der AfD zu den hiesigen freien Schulen antwortete die AfD Anfang Mai folgendes:

- 1) Sind freie Schulen aus Sicht der AfD eine wünschenswerte Alternative zum öffentlichen Schulsystem?

*„Ohne Zweifel. Unser Hauptaugenmerk gilt dem öffentlichen Schulsystem. Der Staat ist verpflichtet, jedem Schüler ein Schulangebot zu machen, und wir arbeiten daran, die Qualität dieses Angebots deutlich zu heben. Gleichwohl soll es als Angebot nicht angenommen werden müssen. **Freie Schulen und Heimunterricht** sind nicht nur legitime, sondern auch wünschenswerte Alternativen zur staatlichen Schule.“*

- 2) Viele freie Schulen bekennen sich zu Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt. Wie würde eine AfD-geführte Regierung damit umgehen?

*„Wir werden alle Hebel nutzen, um das Programm 'Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage' so weit wie möglich zurückzudrängen. **Davon sind staatliche und freie Schulen gleichermaßen betroffen. Weiterhin werden Lehrer an freien Schulen ebenso wie an öffentlichen Schulen sich zur politischen Neutralität bekennen müssen. Selbstverständlich werden wir die staatlichen Zuschüsse davon abhängig machen, dass auch die freien Schulen sich grundsätzlich an die für alle Schulen geltenden Regeln halten.**“*

- 3) Von einzelnen AfD-Vertretern gibt es die Forderung, die konfessionellen Schulen sollten ohne staatliche Zuschüsse auskommen und vielmehr von den Kirchen unterhalten werden. Wie ist die Einstellung der AfD dazu?

*„Wir diskutieren zurzeit eine Reform der Privatschulfinanzierung, **wonach die Höhe staatlicher Zuschüsse unter anderem von der Finanzkraft des Trägers abhängig gemacht werden soll.** Die Schule eines finanzkräftigen Trägers soll dann perspektivisch weniger staatliche Zuschüsse erhalten als die Schule eines finanzschwachen Trägers.“*

- 4) Würde die AfD im Fall einer Regierungsbeteiligung die finanzielle Unterstützung der freien Schulen in jetziger Höhe fortführen?

*„Wir würden die finanzielle Unterstützung **global in dieser Höhe** weiterführen, allerdings innerhalb der einzelnen Privatschulen stärker differenzieren.“*

• **Sonstige Aussagen zur beabsichtigten Schulpolitik:**

- der Unterricht, der stattfindet, taugt immer weniger: Diese Krise sei keine des Geldes, sondern eine Krise des Geistes.
- Reform des Bildungssystems muss im Primärbereich ansetzen und die Sicherung grundlegender Kulturtechniken priorisieren
- Leistungsmüdigkeit und Kuschelpädagogik motivieren nicht zu mehr Anstrengungen und entmutigen die Leistungsbereiten; Lehrer stellen keine pädagogische Autorität mehr dar, sondern verkommen zu bloßen Lernbegleitern
- Schulen dürfen nicht systematisch mit nicht-schulischen Aufgaben überfordert werden: z.B. Integration von Einwanderern, Behebung sozialer Nachteile aller Art, Ausgleich des Schadens einer schlechten Familie
- Schule soll die Kinder nicht politisch erziehen, was zu einer einseitigen Indoktrination gegen gesunden Patriotismus ausartet und zu offener Hetze gegen die AfD führt
- AfD setzt auf eine „gebildete Bildungspolitik“, die sich zur guten pädagogischen Tradition bekennt und die **Schule von allen nicht-schulischen Aufgaben befreit: soziale + psychologische Betreuung, Integration + Inklusion seien keine Aufgaben der Schulen**, sondern allein die Vermittlung von Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) und Bildungsgütern
- AfD ist gegen verfrühten Umgang mit digitalen Medien in den Grundschulen → ältere Generationen, die traditionell unterrichtet wurden, sind besser gebildet
- angestrebt wird die „traditionelle Pädagogik“: Hausaufgaben, Frontalunterricht, regelmäßige Übungsaufgaben im Unterricht, systematische Wiederholung und Leistungskontrollen, umfangreiche Lektüre
- Schüler sollen wieder mehr nach Leistung ausgewählt werden; als problematisch empfindet die AfD die gymnasiale Oberstufe an Gemeinschaftsschulen
- gewollt sei ein leistungsdifferenziertes mehrgliedriges Schulsystem → **Gymnasium soll dadurch gestärkt werden, dass es von nicht mehr als 25 Prozent eines Jahrgangs besucht werden soll**
- geprüft werden soll die **Wiedereinführung der Hauptschule und der Realschule**
- Schüler sollen in möglichst homogenen Klassenverbänden unterrichtet werden

- dadurch wird kaskadenweise das Niveau an Gymnasien, Real- und Hauptschulen angehoben; ein schweres Abitur führt aus der Krise des Bildungswesens
- handwerkliche Bildung soll stärker in den Schulalltag integriert werden, u.a. durch Werkstätten, Projektstage, Bau- und Technikmodule sowie Kooperationen mit regionalen Handwerksbetrieben; Berufsorientierung muss erlebbar sein durch das Kennenlernen realer Berufsfelder
- **Schullaufbahnenempfehlung am Ende der Klasse 4 soll wieder verbindlich werden → über zentrale Klassenarbeiten soll entschieden werden, welche Schulform künftig besucht werden soll**; man soll bei sehr guten Leistungen in der Realschule in jedem Schuljahr ins Gymnasium aufsteigen können
- behinderte Kinder benötigen eine speziell auf ihre Situation abgestimmte Pädagogik, wie sie nur an Förderschulen möglich sei → **die Inklusion soll unverzüglich beendet und die Förderschulen sollen ausgebaut werden**
- es soll nicht mehr über Bestnoten über den Verfall des Leistungsniveaus hinweggetäuscht werden, Schulnoten sollen wieder zu einer „harten Währung“ werden → Bewertungsschlüssel sollen für alle Schulformen angehoben werden
- der leistungsfeindlichen Mentalität soll ein Ende bereitet werden, u.a. sollen landesweit Mathematikolympiaden, Sprachwettbewerbe und naturwissenschaftliche Forschungswettbewerbe durchgeführt werden
- öffentliche Preisung des Wettbewerbsgedankens durch Preise und Belobigungen
- die Heilpflanzenpädagogik und der Heimatkundeunterricht mit Praxisbezug sollen stärker gewichtet werden
- im Geschichtsunterricht kommt das 19. Jahrhundert, insbesondere das 1871 gegründete Deutsche Reich zu kurz → hier soll künftig ein Schwerpunkt gelegt werden
- **das Programm „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ sei ein Deckmantel, um gegen legitime rechte und patriotische Einstellungen vorgehen zu können; das Programm fördere keinen Mut, sondern Duckmäusertum und Konformismus → Landesförderung für dieses Programm werde deshalb eingestellt**
- das Indoktrinationsverbot („Beutelsbacher Konsens“) soll zu einem **strengen Neutralitätsgebot** ausgeweitet werden
- Schule muss den Kindern die „**normale Familie**“, bestehend aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen, als Vorbild vermitteln → **durch Runderlass soll sichergestellt werden, dass von schuloffizieller Seite keine Regenbogenfahne mehr gezeigt wird**
- Art. 27 Abs. 1 unserer Landesverfassung soll durch den Satz „*Die Kinder sind im Geist der Liebe zu ihrer Heimat und dem deutschen Volk zu erziehen.*“ er-

gänzt werden; § 1 des Schulgesetzes soll danach in diesem Sinne umgestaltet werden

- an öffentlichen Schulen soll an jedem Schultag die **Bundesflagge** gehisst werden, das gemeinsame Singen der **Nationalhymne** im Kreise der gesamten Schüler- und Elternschaft soll etabliert werden
- der Einsatz digitaler Medien beeinträchtigt die Konzentration, die Merkfähigkeit und die sprachliche Artikulationsfähigkeit → **Bildungsministerium habe mit der Ausstattung der Klassen durch digitale Tafeln die Möglichkeit geschaffen, menschliche Lehrer durch künstliche Intelligenz zu ersetzen**
- digitale Medien sollen nicht mehr an Grundschulen, sondern nur selektiv an weiterführenden Schulen eingesetzt werden; die Nutzung von Smartphones sollen bis einschließlich Klasse 10 untersagt werden → **Buch, Hausaufgabenheft und Schultafeln müssen die Hauptmedien des Unterrichts bleiben**
- Informatik soll ab Klasse 8 zum Pflichtfach gemacht werden, hier soll das Einüben von im Berufsleben unentbehrlicher Standardsoftware (Word, Excel usw.) eingeübt werden
- **der Russisch-Unterricht** in Sachsen-Anhalt soll erhalten und ausgebaut werden, u.a. mit Hilfe von russischen Muttersprachlern als Seiteneinsteiger; auch soll der Schüleraustausch mit Russland wiederbelebt werden
- Sportunterricht soll auf ganzer Linie gefördert werden, in jeder Jahrgangsstufe sollen mindestens vier Stunden Sportunterricht stattfinden; Schwimmen soll in jeder Jahrgangsstufe Bestandteil des Sportunterrichts sein; ab der 11. Klasse sollen die Rettungsschwimmerstufen der DRLG in die Sportbenotung einfließen; die Bundesjugendspiele sollen für die Klassen 1 bis 4 nach den Regelungen vor dem Schuljahr 2023/24 und insbesondere als Wettkampf durchgeführt werden
- bei einer Unterrichtsversorgung von weniger als 90 % sollen die Klassenobergrenzen durch Entscheidung des Schulleiters aufgehoben werden können
- pensionierten Lehrern soll die Möglichkeit gewährt werden, in Ganz- oder Teilzeit weiterhin an Schulen zu arbeiten → allen Lehrkräften, die in den letzten fünf Jahren pensioniert wurden oder die in den kommenden zwei Jahren pensioniert werden sollen, soll ein entsprechendes Angebot unterbreitet werden
- der Schulbetrieb soll entbürokratisiert werden, damit sich Lehrer wieder ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können → dadurch werden viele Lehrer aus dem gesamten Bundesgebiet nach Sachsen-Anhalt kommen (Kanalisation durch gezielte Anwerbekampagne)
- Grund- und Sekundarschullehrer sollen nicht mehr an einer Universität, sondern an einer pädagogischen Hochschule ausgebildet werden

- die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung soll überarbeitet und die Mindestschülerzahlen abgesenkt werden (z.B. soll Bestand einer Grundschule ab 40 Schülern gesichert sein)
- **neben dem Militär oder den Wirtschaftsunternehmen ist die Schule ein weiterer Bereich, wo das demokratische Prinzip fehlt am Platze sei** → die Kompetenzen der Gesamtkonferenz soll auf nicht pädagogische Bereiche beschränkt werden
- Eltern und Schüler sollen aber auf ein Fehlverhalten von Lehrern und Schulleitern über erweiterte „Appellationsrechte“ reagieren können (Einrichtung einer Beschwerdestelle am Bildungsministerium)
- pro Schulform und Jahrgangsstufe sollen die gleichen durch das Bildungsministerium festgelegten Lernmaterialien einheitlich verwendet werden → Bücher sollen leihweise kostenlos zur Verfügung gestellt werden
- **Kinder von vorerst nicht ausreisepflichtigen Flüchtlingen soll in Sonderklassen Schulunterricht erteilt werden → hierdurch soll den Flüchtlingskindern u.a. die Botschaft vermittelt werden, dass ihr Aufenthalt in Deutschland nur ein vorübergehender ist; außerdem sollen ihnen Lerninhalte ihrer heimischen Schulen vermittelt werden → Lehrkräfte für diese Schulen sollen nach Möglichkeit aus dem Kreis der Flüchtlinge rekrutiert werden**
- es brauche **einem dem Schulleiter unterstellten privaten Wachdienst**, der auf dem Schulhof für Recht und Ordnung sorgt → Gewalttäter an Schulen müssen mit maximaler Härte bestraft werden: jede Straftat aller strafmündigen Schüler soll vor Gericht gestellt werden, noch nicht strafmündige Schüler sollen im Wiederholungsfall oder in besonders schweren Fällen an eine „**Spezialschule für Gewalttäter**“ überwiesen werden können
- alle Schüler sollen das Deutschlandticket erhalten
- die Familie – bestehend aus Vater, Mutter und möglichst vielen Kindern – soll wieder in den Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Handelns und Denkens gestellt werden
- Krippen und Kindergärten sollen mit einer gesicherten Finanzierung ab dem ersten Kind kostenlos gemacht werden

2. Arbeitsförderung, Integration und Bürokratieabbau

- es soll ein **Freiwilliges Handwerksjahr** eingeführt werden → im Laufe eines Jahres sollen die Absolventen vier verschiedene Handwerksberufe kennenlernen können
- es soll ein Führerschein-Zuschuss für Auszubildende in Höhe von 1.500 € eingeführt werden → gekoppelt an den erfolgreichen Berufsabschluss in der Regelzeit

- **der Fachkräftemangel soll nicht durch „Masseneinwanderung“ von bildungsfernen und kulturfremden Ausländern, sondern durch Aktivierung und Sicherung einheimischer Nachwuchskräfte gelöst werden**
- es sollen Prämien für Auszubildende mit überdurchschnittlich guten Abschlusszeugnissen eingeführt werden, wenn diese nach ihrer Ausbildung mindestens zwei Jahre einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Sachsen-Anhalt nachgegangen sind
- die Meisterausbildung soll zukünftig kostenfrei erfolgen, auch soll einer Meisterprämie eingeführt werden (bei Abschluss vor Vollendung des 25. Lebensjahres 5.000 €, zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr 2.500 €, danach 1.000 €)
- Förderprogramme sollen „gelichtet und entideologisiert“ werden
- **es werden Maßnahmen zur Beendigung der illegalen, kulturfremden und inländerfeindlichen Massenmigration eingeleitet, ebenso eine Abschiebe- und Remigrationsoffensive** → es soll auch ein Rückkehrprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte geben
- eine AfD-Landesregierung wird eine Bundesratsinitiative zur **Abschaffung des gegenwärtig geltenden Asyl-Grundrechts** starten und gleichzeitig für eine Einführung eines staatlicherseits gewährten „Gnadenrechts“
- bis auf weiteres soll der Bund **Aufnahmestopps für Nicht-EU-Ausländer** verfügen
- Asylbewerber sollen zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden → Asylanten könnten z.B. bei der Reinigung und Instandhaltung ihrer zentralen Unterkünfte herangezogen werden
- **der „Asyl- und Integrationsindustrie“ in Sachsen-Anhalt soll der „Geldhahn zuge dreht werden“**
- ukrainische Staatsbürger sollen nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anerkannt werden, stattdessen sollen diese Zuflucht in der Westukraine finden
- die AfD will die bisherige „Identitätsstörung“ durch eine neue patriotische Kulturpolitik heilen
- alle nicht eingebürgerten Ausländer, die sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, sollen zum Besuch von Kursen verpflichtet werden, in denen in breiter Perspektive deutsche Kunst und Kultur vermittelt wird

3. Ausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen

- es sollen Pflegepersonaluntergrenzen für alle medizinischen Bereiche festgelegt werden
- Abbau bürokratischer Hürden: weniger Dokumentationspflichten, mehr Zeit für die Pflege der Menschen